

der Kampf zwischen Proletariat und Unternehmertum unvermeidlich war, da hat Hue sich nicht scheut, Führung und Verantwortung mit zu übernehmen, — das haben die großen Bergarbeiterstreiks der Vorkriegszeit zur Genüge bewiesen.

Aber als verantwortlicher Führer wählte Hue, daß der Streik einer wichtigen Arbeiterkategorie eine fürchtbare Waffe ist, mit der man nicht spielen darf, daß vor allem derartige Kämpfe gegen das Unternehmertum gerichtet sein müssen, nicht auf dem Rücken der verbrauchenden Bevölkerung ausgefochten werden dürfen, und daß die Arbeiterklasse ihren Kampf auf das empfindlichste distrebiert, wenn sie ihn ohne Rücksicht auf den Gedeih der gesamten Volkswirtschaft herbeiführt. Daher hat nach dem Zusammenbruch des Krieges die Einsicht bei ihm im Vordergrund gestanden, daß der Bergbau den Grundpfeiler des deutschen Wiederaufbaues bildet, und daß dieser Grundpfeiler nicht trivial ins Wanken gebracht werden darf, weil eine Verminderung der Kohlenförderung das Todesurteil für Millionen bedeutet. Deshalb — nicht aus „Arbeiterverrat“ — hat Hue eisrig daran mitgewirkt, die Verhältnisse im Bergbau zu stabilisieren, hat er die Arbeitsgemeinschaften gefördert, das Ueberschichtenabkommen durchzuführen geholfen. Die Einsicht der großen Mehrheit der deutschen Bergleute, in der Kern Hueschen Geistes steckt, hat ihm dabei geholfen; der Erfolg ist nicht ausgeblieben: Deutschland hat die Kohlenlieferungen an die Entente, auf denen die Erfüllungspolitik in erster Linie beruht, durchführen und dabei die eigene Wirtschaft in Gang halten können. Das ist eine ungeheure nationale Tat, die einst in der Geschichte ganz anders dastehen wird, als der nationalistische Phrasendrusch unserer Patentpatronen der Firma Hergt und Helfferich. Hue hat gezeigt, wie der deutsche Arbeiter ohne Nationalismus und Chauvinismus, ohne die internationale Solidarität zu vergessen, seinem Land unendlich mehr leistet als die Leute, die meinet, mit schwarz-weiß-roten Fahnenputz und Schwertgerassel Deutschland wieder aufbauen zu können.

Hues persönliches Verdienst an diesen Dingen und der Eindruck seiner Tätigkeit waren so groß, daß er selbst von den anderen Gewerkschaftsrichtungen unwillkürlich als der geborene Führer der Gesamtbearbeiterchaft anerkannt wurde. Als solcher ging er mit der deutschen Delegation nach Spa. Seine dortige Rede war der Höhepunkt seines Lebens und seiner Tätigkeit. Sein kernig-offenes Wort, daß das Schicksal der Völker nicht letzten Endes an Konferenzen entschieden werde, sondern daß die Ausführung der Beschlüsse von dem Willen der Millionen organisierter Bergarbeiter abhängen, imponierte sogar einem Lloyd George. Aber es war eben nicht die Phrase, die ins Gewicht fiel, sondern der Umstand, daß dieses Wort keine Phrase war, daß der Mann, der es sprach, eine wirkliche Macht hinter sich hatte, und zwar die Macht, von der selbst Lloyd George innerlich zugestehen mußte, daß sie bald in der Weltgeschichte die entscheidende sein wird. Das war etwas ganz anderes als das leere Auftrumpfen mit nationalistischen Phrasen, für das unsere Deutschnationalen schwärmen. Otto Hues Worte in Spa werden in der Geschichte als der mutige Trompetenschlag fortleben, mit dem auf dem Kongress der Weltmächte die größte Weltmacht der Zukunft: das Proletariat, seinen Anspruch anmeldete.

In Genua sollte Hue noch einmal die deutsche Arbeiterschaft im Kreise der Weltmächte vertreten. Er ist nicht mehr dazu gekommen. Dasselbe tückische Lungenseiden, das ihn schon einmal vor Jahren an den Rand des Grabes gebracht hat, überfiel ihn von neuem und raffte ihn dahin. Um ihn trauern Millionen Proletarier, um ihn trauern alle, die dem schlichten, einfachen Menschen persönlich gekannt haben, denn seine Bedeutung niemals zu Kopfe stieg, der auch als europäische Berühmtheit ein Sohn des Volkes in Wesen und Denken geblieben ist.

Die Redaktion des „Vorwärts“ betrauert in Gen. Otto Hue einen treuen und fleißigen Mitarbeiter, dem sie eine Reihe wertvoller Beiträge verdankt. Trat auch Hue selten mit seinem Namen hervor, so blieb er doch mit uns in ständiger Verbindung; zahlreiche nichtgezeichnete Aufsätze, insbesondere

über Fragen der Kohlenwirtschaft und des Ruhrreviers, entstammten seiner Feder. Auch diese Tätigkeit entsprach ganz der Art des Mannes, dem es immer darauf ankam, zu wirken, nicht zu glänzen, zu wirken vor allem für seine geliebten Kameraden aus dem schwarzen Revier. So reißt der Abschluß dieses unendlich reichen Lebens nicht nur eine Lücke auf, sondern viele. Gemeinsame Kraft wird sich bemühen sie zu schließen, weiter zu wirken im Geiste des Unvergessenen.

Otto Hue gehörte als Vertreter des Wahlkreises Westfalen-Süd sowohl dem Reichstag wie dem Preussischen Landtag an. Beide Fraktionen erleiden durch seinen Tod einen schweren Verlust. Im Reichstag tritt Genosse Spiegel, im Landtag tritt Genossin Anna Leg in das erledigte Mandat ein.

Der Reichspräsident hat an Frau Hue das folgende Telegramm gesandt:

Zu dem schweren Schicksalsschlage, der Sie durch das Ableben Ihres Mannes betroffen hat, spreche ich Ihnen und Ihren Kindern meine herzlichste Teilnahme aus. Die deutschen Arbeiter, namentlich die Bergarbeiter, verlieren in dem Dahingegangenen einen ihrer besten und unermüdetsten Führer, der als Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler am politischen Leben hervorragenden Anteil nahm und sich große, unvergängliche Verdienste erworben hat. Ich selbst betrachte in ihm einen lieben Freund, der mir durch langjährige gemeinsame Arbeit verbunden war.

Jagow mit dem Kranz.

Von der Jagowschen Verteidigungsschrift erscheint jetzt der zweite Teil. Es genügt zur Charakteristik dieses politischen Hanswurstes, wenn wir die letzten Sätze veröffentlichen, die lauten:

Die römische Republik würde mir einen Kranz reichen, die deutsche schickt mich ins Gefängnis, nimmt mir Einkommen und Vermögen.

Dennoch!

gez. v. Jagow.

Man hat den Eindruck, daß Herrn v. Jagow doch am Ende an einem Kranz weniger liegt, als an einer kleinen finanziellen Subvention. Vielleicht erbarmt sich der Landbund...

Ein Sparerlaß des Reichsverkehrsministers

Aus Angestelltenkreisen schreibt man uns: Durch Erlass des Reichsverkehrsministeriums vom 5. April soll die Zahl der technischen und nichttechnischen Angestellten beschleunigt und mit größtem Nachdruck auf das Maß des unbedingt notwendigen vermindert werden, und zwar „aus wirtschaftlichen Gründen“.

Solche Behauptungen sind nur einer nichtorientierten Öffentlichkeit gegenüber möglich. Nach dem Geschäftsbericht der deutschen Reichsbahn von 1920 betragen bei einer Gesamtpersonalausgabe von 12 1/2 Milliarden Mark die Bezüge der „Lohnempfänger höherer Ordnung“ 25 Millionen, das ist 2 vom Tausend.

Bei den Angestellten handelt es sich im wesentlichen um technische Angestellte der technischen Bureaus der Eisenbahndirektionen. In diesen Bureaus zählt der Bericht auf: Zweigstelle Bayern-Hessen 387 Angestellte, 224 Beamte (15 Proz.); Bayern 18 Angestellte, 308 Beamte (5 Proz.); bei der übrigen Reichsbahn 85 Angestellte, 668 Beamte (11 Proz.). Oldenburg hat überhaupt keine Angestellten, Baden 5 Angestellte, 226 Beamte (2 Proz.). Inzwischen werden sich die Zahlen etwas vermindert haben. Die nichtpreussischen Stellen werden ihre Angestellten reiflos auf Reichskosten in das geschulte Beamtenverhältnis übergeführt haben.

Diese technischen Angestellten des Reichsverkehrsministeriums sind sämtlich schon vor dem Kriege in ihren jetzigen Stellungen beschäftigt worden. Am 14. Januar 1914 erging ein Sperrverlaß, nach welchem Angestellte nicht mehr eingestellt werden dürfen. Die noch vorhandenen technischen Angestellten sind also Leute, welche mindestens 8 Jahre, größtenteils aber bis 20 Jahre und darüber produktive Arbeit verrichtet haben.

Man hat in den letzten Jahren, und mit gutem Recht, Tausende von Beamten aus den verlorebenen Gebieten bei den deutschen Stellen untergebracht. Sollen deshalb einige hundert Angestellte als Kriegsoffer auf die Straße gesetzt werden?

Kunnehr wird die Öffentlichkeit die Worte des Erlasses würdigen können: „daß Verheiratete mit Kindern auch

dann zu entlassen sind, wenn eine andere Arbeit nicht nachgewiesen werden kann“.

Der Techniker ist von jeher das Stiefkind der Verwaltung gewesen. Er ist ja in der Verwaltung ein modernes Erzeugnis gegenüber der alten privilegierten Schicht. Einen wesentlichen Anteil haben aber hieran die technischen Oberbeamten. Die eigentliche technische Arbeit ist bei der Eisenbahnverwaltung reiflos Technikern übertragen, die auf Privatdienstvertrag angestellt wurden, und die ihre besonderen Kenntnisse nach dem Studium auf den Hochschulen oder Fachschulen durch längere praktische Tätigkeit in einem Spezialgebiet erweitert und vertieft hatten.

Der Zwang der Verhältnisse hat es nun mit sich gebracht, daß von den Laufenden Technikern, die auf diese Weise eingestellt wurden, allmählich die größere Zahl in das Beamtenverhältnis übergeführt wurde. Doch bei der Ernennung nach gleichen Grundfragen oder überhaupt immer nach rein sachlichen Gesichtspunkten verfahren worden sei, kann leider nicht behauptet werden. Aber im Jahre 1913 sah man oben ein, daß man schließlich den Rest werde ernennen müssen. Daher der oben erwähnte Sperrverlaß vom Jahre 1914. Wäre nicht der Krieg dazwischen gekommen, dann wäre der Erlass längst ad absurdum geführt worden. Denn die Verwaltung kann ohne Zufuhr frischen technischen Blutes nicht leben. Wo es sich um eine neue Aufgabe handelt, wie bei der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn, sind vor kurzem von der Direktion Berlin 23 Elektrotechniker durch Anzeigen gesucht worden!

Der Erlass betrifft u. a. auch eine größere Anzahl Brückenbauingenieure (Statiker und Konstruktoren), darunter auch viele Diplomingenieure. Anfangs hatte man diesen Diplomingenieuren, ihrer akademischen Ausbildung entsprechend, eine etwas gehobene Stellung gegeben, sie später aber geradezu auf den Aussteuerplatz gesetzt, lange vor dem Sperrverlaß. Denn die technischen Oberbeamten sahen diese ihre engeren Kollegen nicht gerne in der bescheidenen Stellung oder fühlten sich ihnen gegenüber geradezu unsicher — also fort mit den Diplomingenieuren! Aus ihren Reihen sind nur ganz wenige in das mittlere Beamtenverhältnis übergeführt worden.

So bedeutet dann der Erlass soviel, daß eine Anzahl eingearbeiteter Techniker mit langjähriger Erfahrung aus ihrem Sondergebiete entlassen wurden, ohne daß hierdurch eine irgendwie nennenswerte Ersparnis erzielt werden konnte. Die Zufuhr frischen Blutes wird vollständig unterbrochen.

So bedeutet der Erlass technisch die Bankrotterklärung der Reichsverkehrsverwaltung. Der wirkliche Grund für diesen Erlass liegt in folgendem: Die zu entlassenden Lohnempfänger unterliegen seit 1. April 1920 dem Reichstarifvertrag für Angestellte, sind also nicht mehr ganz der Willkür ihrer vorgelegten Behörde preisgegeben.

Das paßt den Geheimräten in der Wilhelmstraße nicht. Gegen den Reichstarifvertrag kann man nicht oder noch nicht vorgehen. Was tun? Das Ci des Columbus! Man entläßt sämtliche Angestellte und ist damit auch den Tarifvertrag los.

Spaltung im Arbeiter-Abstinenzbünd.

Von dem Arbeiter-Abstinenzbünd hat sich eine Gruppe abgespalten und einen Aufruf zur Gründung einer neuen Organisation erlassen. Diese Zerspaltung geht aus von dem bisherigen Vorstandsmitglied Georg Davidsohn. Wie wir der soeben erschienenen Nr. 4 des „Abstinenz-Abstinenzers“ entnehmen, beruht das Zerwürfnis zwischen Davidsohn und dem Arbeiter-Abstinenzbünd hauptsächlich auf folgender Ursache: Obwohl ein fast einmütiger Bundesbeschuß vorlag, mit den bürgerlichen Abstinenzern und Wählern nicht zusammen zu arbeiten, hat Davidsohn in der „Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus“ ohne Vorwissen des Bundes ein Amt angenommen und sich trotz einmütiger Aufforderung des Bundesvorstandes geweigert, dieses Amt niederzulegen.

Georg Davidsohn gehört bekanntlich auch der neuen „Freiheit“-Redaktion unter Dittmann an, die hauptsächlich deswegen die alte Redaktion unter Hilsberg ablöste, weil die alte Redaktion in der Ablehnung der Zusammenarbeit mit Bürgerlichen nicht entschieden genug war.

Bayerische Justizstrafen für Ausländer. Das Münchener Volksgericht verurteilte den aus Algier stammenden französischen Staatsangehörigen Zarot, einen Araber und den tschechoslowakischen Staatsangehörigen Grögler, die bei der Raubt aus dem Gefangenenlager in Angollstadt einen Beamten der Landespolizei seiner Waffen beraubt und festgehalten hatten, zu der schweren Strafe von 3 Jahren Zuchthaus.

Dollar in der Mittagsstunde: 291.

Blutrausch und Götzekult im Film.

Aus dunklen Höchern und Rihen kriechen sie wieder herauf jene Unglücksgeister die schon einmal ein Volk ins Unglück und Verderben gejagt haben, und hinter diesen Heeren des Bösen stehen die „Helden aus Blei“, jene Männer, die so tapfer die Schuld auf andere schieben. Sie glauben, die Sonne wird ihnen wieder scheinen und verschmähen es auch nicht, mit Getrommel und Trara künstlich nachzubohlen.

Ludendorffs Propagandabücher und die Paraden vor den Hohenzollernprinzen scheinen nicht die erwartete Wirkung ausgeübt zu haben, darum schlägt man jetzt neue Wege der Propaganda ein. Der Film erscheint den Herrschenden als das geeignete Mittel, auf weite Massen im Sinne eines „neuen Blutrausches und Götzekultus“ zu wirken.

Für den Film beginnt eine neue Epoche seiner Entwicklung: nach der Revolution war es der schmutzige Aufklärungssfilm, mit dem man „das Geschäft machte“, jetzt kommt der historische Propaganda- und Hefefilm an die Reihe. Das Kino beweist eben wieder, daß es immer noch in erster Linie ein kapitalistischer Erwerbs- und Geschäftszweig ist. Das Herz des Filmmannes ist immer dort, wo auch das meiste Geld ist.

Vor einigen Wochen machte man den Anfang mit „Fredericus Rex“. Götzendämmerung! Jehn Alte reicheten nur zur Hälfte aus, um alle Herzen „monarchistisch“ schlagen zu lassen, weitere zehn — zur völligen Befehrung! — stehen noch bevor. Jeder mußte da hineingehen. Seit Wochen stimmt man diesen Film den Arbeitern und Bürgern vor, „wahre Ausbrüche der angeblichen Volkswut“ wurden „in Szene gesetzt“, „hurra“ gebrüllt und Republikaner, die ihre Mißbilligung in der Republik noch zu äußern wagten, verprügelt.

Alles sehr schön, schmungelten die Dunkelmänner, und um den Anfang einer solchen Hege fortzusetzen, gründete man die „Historica-Filmgesellschaft“.

„Der Untergang eines Volkes“ wurde der erste Film dieser Gesellschaft, den man in einer Sondervorstellung im Rarmorhaus zu sehen bekam, genannt. Der Titel war gewiß schon vielversprechend, aber was man die zehn Alte lang sah, überstieg noch alle Erwartungen. Die Erhebung des Bayernvolkes im Jahre 1705 gegen die Franzosen und die Vertreibung des Kurfürsten wurde in unübertrefflicher Blutrünstigkeit dargestellt. Nord und Nord, Ströme Blut, Pausenschall und wüstes Kanonengeläute, und schließlich, nicht zu vergessen, das Getöse der Woffenschmiede kennzeichneten die Atmosphäre des Ganzen. Zuletzt, als alle tot waren, sah man als schöne Zukunftsmusik die Rückkehr des bayerischen Kurfürsten nach zehn Jahren. Der ganze Film war ein chauvinistisches Hehwerk von Anfang bis zu Ende.

Es ist der zweite Film dieser Sorte, den wir in kurzer Zeit in Deutschland sehen, und bald werden diese Nachwerke sich wie Heuschreckenschwärme über das Land ergießen. Man unterschätze diese Art von monarchistisch-militärischer Propaganda nicht. Die Dreieinigkeit von Blutrausch, Götzekult und dummer Gefühlsduselei zeitigt oft große Erfolge.

Die Monarchisten spekulieren bei diesen Filmen auf die Dummheit des Volkes; sie sollen ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben! Die Gefahren, die aus einer solchen Hegepropaganda entstehen, sind nicht zu verachten, und die Arbeiterschaft muß sich dagegen wehren. Das Abwehrmittel heißt Boykott. Alle Arbeiter müssen all jene Blaupflichttheater meiden, in denen nationalistische Radaufspiele dieser Gattung gespielt werden. Die Kinobesitzer müssen fühlen, daß man noch nicht ganz ungestraft so frech die Republik verhöhnen darf. Noch gibt es Arbeiter, die Republikaner sind und keinen neuen Blutrausch und Götzekult wollen, auch nicht im Film!

Kurt Caro.

Wölfe in Menschengestalt. Wie der Traum einer vor Hunger rasend gewordenen Bestie muten die Schilderungen an, die das in Samara erscheinende Bolschewistenblatt von den Menschen entwirft, die unter den Qualen der Entbehrungen jedes menschlichen Gefühls verloren haben und zu Tieren entartet sind. Sie schließen sich in ihren Hütten ein und lugen mißtrauisch und haßerfüllt durch Ritzen und Spalten, um dann, wenn sie sich unbedacht glauben, auf Beute auszugehen. Haben sie etwas gefunden, so nehmen sie es mit hastiger Bewegung auf und schlüpfen voll Angst, daß ihnen jemand die Beute wieder abjagen könnte, nach ihrer Hütte. Hier beginnt dann das grauenvolle Festmahl. Es ist kein Essen im menschlichen Sinne, sondern ein gieriges Schlingen, das von dumpfem Geheul unterbrochen wird, in dem eine wilde Freude zum Ausdruck kommt. Nichts wird verschmäht: Abfälle — gleich welcher Art — und Knochen verschwinden im Magen, der sich aufbläht und schmerzt, ohne daß ein Sättigungsgefühl erreicht wird. Er verlangt vielmehr neue Nahrung, und die Qual des Hungers wird nicht einen Augenblick gemildert. Nicht wenige der Unglücklichen sind bereits wahnsinnig geworden. Eines Nachts wurden die Bewohner eines Dorfes durch das Getöse der Sturmglocke aus dem Schlafe geschreckt; menschliche Schatten wandten aus den Hütten zur Kirche; dort säuete ein habgieriger, behaarter Bauer ohne Kopfbedeckung in wilder Ekstase, die Haare flatterten im Winde, die Augen glühten im Feuer des Wahnsinns, während er mit wilden Sprüngen tanzend am Seile hing. Immer stärker erscholl das Geläute; der Unglückliche roffte seine letzte Kraft zusammen, denn in seinem Wahne glaubte er, daß durch die Glocke die Menschen herbeigerufen würden und ihm etwas zu essen bringen müßten. Einen anderen erwischte man, als er in der Nacht mit einer Fackel daran ging, die Hütte seines Nachbarn in Brand zu stecken. Er wollte das Feuer anzelen, um die Bewohner in der Hütte zu braten und sich damit ein Festmahl zu verschaffen. Alles Denken und Fühlen dieser Unglücklichen wird von der wahnsinnigen Sehnsucht, ihren Hunger zu stillen, beherrscht.

Bryans Kampf gegen den Darwinismus hat zunächst mit einem Mißerfolg geendet. Wider Erwarten kam das sogenannte „Kesselfisch“, welches die Lehre des Darwinismus und alle verwandten Theorien, auch den Agnostizismus, mit Geldstrafe und Gefängnis belegte, doch noch vor das Plenum der gesetzgebenden Körperschaft von Kentucky. Die Spannung war groß, denn in einem Lande mit 11 Proz. Anaphobiten konnte man allerlei erwarten. Zwei „Sachverständige“, die nicht Mitglieder des Hauses sind, wurden vorgeladen, um von der Rednertribüne des Hauses zu sprechen. Universitätsprofessor Macdon sprach gegen das Gesetz und für Darwin, Pastor Gaines eiferte im entgegengelegten Sinne. Ein Volkvertreter, der die Frage nicht lösen konnte, ließ sich schließlich kochonisch mit dem Seelenhirnen seines Wahlkreises verbinden, um zu erfahren, wie er stimmen solle. Die größte Überraschung brachte der Vertreter von Breathitt County. Das ist von ganz Kentucky der mildeste und zurückgebliebenste Teil, mit fast 22 Proz. von Anaphobiten und einer ständig zunehmenden Refordziffer an Nordatlanten, aber von sehr gläubiger Bestimmung. Der Mann aus dem „blutigen“ Breathitt stimmte aber gegen die Offenheit — vielleicht nur aus Mißverständnis. Jedenfalls entschied er den Kampf: 41 Stimmen waren für das Gesetz, 42 dagegen. Mit einer Stimme Mehrheit siegen die Kesselfische über die unter Bryans Banner vereinten Methodisten und Populisten. Dagegen bereitete sich in einem anderen Staate der Union, in Süd-Carolina, eine neue Hege vor. Bei der Budgetberatung, Abteilung Innerlichstemen, stellte Senator Miller plötzlich das „Proviso“, eine Art Amendement, daß der Darwinismus „nicht als ein Glaubensbekenntnis gelehrt werden solle“, und das wurde ohne Widerspruch angenommen.

Der Erfinder der Remontuhr gestorben. Der Tod des englischen Erfinders Lawrence Barnett Philips gibt englischen Blättern Veranlassung, daran zu erinnern, daß der 1842 geborene Philips der erste war, der mit 18 Jahren eine schiffsfähige Uhr herstellte. Er erfand einen Blügelzug, wie ihn heute die meisten Uhren besitzen und erzielte eine wichtige Verbesserung der Taschenuhren, indem er den unpraktischen Gebrauch der Schlüssel befristigte. Auch sonst hat sich Philips mit der Vereinfachung und Verbesserung der Chronometer beschäftigt und darin Bedeutendes geleistet.

Volksbühne. Der für den 21. April angelegte Vorleseabend Friedrich Richters muß ausfallen. Am 22. April lest Eise Decker im Rathensaal aus den Werken von Arno Holz. Einlaß 1,50 M.

Der Berliner Volks-Chor führt Daßs Natiharas-Passion am 24. und 26. April in der Garnisonkirche auf.

Künstlerhilfe für die Gangeraden in Rußland. Hermann Schaller wiederholt seine in Amsterdam und Haag gehaltenen Vorträge über „Die Krise der Intelligenz und die soziale Welle“ in Berlin, am 20. April (I. Teil) und 27. April (II. Teil) im Grünen Saal, Alsterufer Str. 23.

Die kurzlebige Substanz. Das kürzeste Leben unter allen Stoffen hat, wie Sir Ernest Rutherford kürzlich in einem Vortrag ausführte, das Actinium A. Seine halbe Lebensperiode währt nur den 500. Teil einer Sekunde. Im Gegensatz dazu verbleibt das Uranium, aus dem das Radium gewonnen wird, die Hälfte seiner Energie erst in 1000 Millionen Jahren.

Sozialdemokratische Tagung in Breslau.

Die Sozialdemokratische Partei Oberschlesiens hat in den Osterferien in Hindenburg ihren Bezirksparteitag abgehalten, der die zukünftige sozialdemokratische Arbeit des polnischen und deutschen Oberschlesiens entscheidend geklärt hat. Die organisatorische Trennung von den Genossen im polnischen Gebiet ist jetzt durchgeführt, wenn beide Teile der Parteiorganisation auch einflussreich noch bestanden bleiben, solange es möglich ist. Ueber die Aufgaben der deutschen Sozialdemokraten in der Republik Polen referierte Genosse Kowoll-Katowick, der das Programm aufstellte, die kulturellen Erwerbungen des deutschen Arbeiters in Polen nicht nur zu erhalten, sondern auch möglichst zu erweitern. Eine nationalistische Irredenta der Deutschen in Polen lehnte er ab. Er erklärte die Bereitschaft der Partei, allen Bruderparteien in der polnischen Republik die gleiche politische Grundtätigkeit, die Hand im gemeinsamen Kampfe zu reichen. Die Frage der zukünftigen Politik der Sozialdemokratie in Deutsch-Oberschlesien, also vor allem die Stellungnahme zur bundesstaatlichen Autonomie-Agitation des Zentrums fanden endgültige Klärung. Der Bezirksparteitag nahm eine Entschliessung an, die sich für den deutschen Einheitsstaat ausspricht, der durch organische Neugliederung geschaffen werden muss. Weiter erklärt die Entschliessung die Bundesstaaten überhaupt für überholt und lehnt dann die bundesstaatliche Autonomie für Oberschlesien ab, weil sie einen weiteren Widerstand gegen den Einheitsstaat bedeuten würde. Die Neugliederung des Reiches könne erst dann erfolgen, wenn alle deutschen Landesteile fremder Willkür entzogen seien.

Der Bezirksparteitag fordert schliesslich schleunige Erweiterung der provincialen Autonomie, damit den Oberschlesiern jede Möglichkeit gegeben wird, ihre berechtigten Wünsche durchzusetzen.

Zum neuen Polenmord.

Breslau, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Ermordung des Gleiwitzer Polenführers Dr. Stejneger ist in Oberschlesien selbstverständlich die grösste Beachtung, zumal gleichzeitig noch eine Reihe weiterer Mordtaten in den letzten Tagen gemeldet wurden. Politische und gewisse alliierte Stimmen versuchen, die Erschießung des Polenführers als neuen Beweis dafür auszubehaupten, dass fast alle in letzter Zeit verübten Attentate im Abwehrgebiet von deutscher Seite ausgingen. In verantwortlichen deutschen Kreisen wird die Mordtat auf das schärfste verurteilt und lebhaft bedauert. Gegenüber den ganz allgemeinen Verdächtigungen der deutschen Bevölkerung kann zwar nicht geäußert werden, dass auch auf deutscher Seite Elemente vorhanden sind, die sich ihrer politischen Verantwortung nicht bewusst bleiben und zum Teil den primitivsten Rache- und Rauschgefühlen nachgehen. Es kann aber ganz objektiv festgestellt werden, dass solche Elemente sich nicht auf deutscher Seite allein befinden. Die Wirkung der interalliierten Verwaltung ist vielmehr eine allgemeine Anarchie in Oberschlesien, die die Rückkehr zur Selbsthilfe immer allgemeiner gemacht hat. Wenn politische Waffentäter seltener entdeckt werden als deutsche, so liegt das an der Parteilichkeit der alliierten Behörden. Von den letzten Totschüssen sind übrigens mehrere, die allerdings eine geringe politische Bedeutung haben, auf Besatzungssoldaten einwandfrei zurückgeführt worden.

Neue Lohnforderungen der Bergarbeiter.

Heute vormittag haben im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des gesamten deutschen Kohlenbergbaues begonnen, die unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Sichter stattfinden. Die Verhandlungen dürften voraussichtlich nur wenige Stunden in Anspruch nehmen, da die einzelnen Vorfälle bereits in langwierigen Einzelverhandlungen der Zechenverbände zum grössten Teil geklärt sind. Die Vertreter der Arbeitgeber, deren Sprecher Generaldirektor Biskott, der Vorsitzende des Zechenverbandes des Ruhrreviers ist, hatten in einer Sondersitzung bereits zu den materiellen Forderungen Stellung genommen. An der heutigen Beratung nahmen auch Vertreter des Reichswirtschaftsrates und des Reichskohlenrates teil, der infolge der zu erwartenden Lohnhöhen der Bergarbeiter noch am heutigen Nachmittag über eine neue Kohlenpreiserhöhung beraten wird.

Die Arbeitnehmer stellen zu Beginn der Verhandlung die Forderung, den Schichtlohn um 50 Mark zu erhöhen. Dieses Verlangen wurde damit begründet, dass einmal die allgemeinen Lebensverhältnisse ungeheuer verteuert worden seien und dass ferner die Industriearbeiter schon seit dem 1. April dieses Jahres wesentlich höhere Löhne bezögen.

Ein Reparationsausschuss.

Paris, 19. April. (Havas.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Erklärung:

Die Reparationskommission hat bereits ihren Beschluss bekanntgegeben, einen Sachverständigenausschuss zu bilden, der eine Prüfung vornehmen und ihr einen Bericht vorlegen soll über die Bedingungen, unter denen die deutsche Regierung in der Lage wäre, ihren Verpflichtungen, so wie sie durch den Vertrag von Versailles und besonders in dem Zahlungsplan vom 15. Mai 1921 festgelegt sind, nachzukommen und im Ausland Anleihen aufzunehmen, deren Ergebnis für den teilweisen Rückkauf des Kapitals der Reparationsschuld verwendet würde. Dieser Ausschuss ist jetzt gebildet und besteht aus folgenden Mitgliedern: Delacroix, Vorsitz; Bissering, ernannt auf Vorschlag des Vorsitzenden und des deutschen Vertreters; Sir Robert Kimberley, ernannt auf Vorschlag des britischen Delegierten; Sergent, ernannt auf Vorschlag des französischen Bevollmächtigten, und Bergmann, von der deutschen Regierung ernannt. Da die Kommission ausserdem wünschte, dass sich der Ausschuss auf die Erfahrungen und die Ansichten der Finanzkreise der Vereinigten Staaten stützen könne, hat sie Pierpont Morgan ersucht, Mitglied des Ausschusses zu werden. Es ist wahrscheinlich, dass die erste Zusammenkunft des Ausschusses in den ersten Tagen des Monats Mai stattfindet.

Kongress der Unabhängigen Arbeiterpartei.

London, 19. April. (Antel.) Der Kongress der Independent Labour Party nahm nach dem Referat Wallheads und einer ausführlichen Diskussion über die internationale Lage folgende Resolution an:

Anlässlich der kritischen Lage, die sich in Genua bei der Behandlung der russischen Frage ergibt, erinnert der Kongress daran, dass die französische Regierung seit 1919 verstockt oder offen die Verständigung mit Russland sabotiert hat. Der Kongress erklärt, dass diese Politik den Interessen der englischen Arbeiterklasse zuwiderläuft und auch die guten Beziehungen zwischen England und Frankreich gefährdet. Ueberzeugt, dass diese Politik nicht die wahren Gefühle des französischen Volkes zum Ausdruck bringt und den Interessen des französischen Volkes nicht dienen kann, ruft der Kongress das französische Volk auf, die Politik der internationalen Einigung zu unterstützen.

Amerikas Abrüstung. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat den Vorschlag des Präsidenten Harding angenommen, die Kopfstärke der amerikanischen Marine auf 86 000 Mann festzusetzen.

Eisenbahn-Verkehrsrückgang.

Ueber den Einfluss der letzten, am 1. Februar d. J. durchgeführten Tarifierhöhung im Personenverkehr der Eisenbahn bringt das „Reisebüro“ einige bemerkenswerte Angaben, die um so beachtlicher erscheinen, als die Reichseisenbahnverwaltung neue Tarifierhöhungen im Personenverkehr bereits in Aussicht gestellt hat. Nach der Feststellung hat die im November v. J. vorgenommene Tarifierhöhung auf den Verkehr in den Reisebüros kaum einen merklichen Einfluss gehabt. Dagegen haben die letzten Erhöhungen der Fahrpreise einen wesentlichen Rückgang der Reisen gebracht. Verglichen werden die Verkehrsziffern im März 1921 mit denen im gleichen Monat des laufenden Jahres. Während im März v. J. 10 235 Fahrkarten und Fahrscheine ausgegeben wurden, ist in diesem Jahre die Zahl auf 7291 zurückgegangen, denn eine Fahrkarte, die im März v. J. noch 100 M. kostete, muss heute mit 285 M. bezahlt werden. Die in der ersten Klasse ausgegebenen Fahrkarten haben eine Mehreinnahme von rund 100 Proz. gebracht, eine Folge des gestiegenen Fremdenverkehrs, in der zweiten Klasse ist eine Verkehrsabnahme von rund 4 Proz. und in der dritten Klasse eine solche von 50 Proz. zu verzeichnen. Zusammen wurden also an amtlichen Fahrkarten rund 25 Proz. weniger verkauft als im gleichen Monat des Vorjahres, während die Zahl der verausgabten Fahrscheine des Mitteleuropäischen Reisebüros um 18 Proz. gestiegen ist. Es würde verfrüht sein, wollte man schon heute einer neuen Fahrpreiserhöhung jeden Erfolg absprechen, jedenfalls aber zeigt die Abnahme der für die dritte Klasse verausgabten Fahrkarten, dass viele Reisen nicht mehr ausgeführt werden können, für die früher Mittel vorhanden waren. So muss vor allen Dingen eine wesentliche Abnahme der sonst regelmässig am Wochenende unternommenen weiteren Ausflüge festgestellt werden. Im Interesse der Befundung der durch Krieg und Kriegesfolgen schwer geschädigten breiten Schichten des Volkes muss von der Reichsbahnverwaltung eine andere Tarifpolitik gefordert werden, vor allen Dingen die Wiedereinführung solcher Einrichtungen wie Fahrpreisermäßigungen für Laubentkolonisten, Monatskarten, und darüber hinaus Sonntagsrückfahrkarten nach Vorortstationen, freie Fahrt für die Beförderung erholungsbedürftiger Kinder aller Volksschichten und anderes mehr, um denen die Lasten der Verkehrsverteuerung aufzubürden, die sie tragen können, den valutastarken Ausländern.

Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen.

Die Reichsbahn wird, um weiten Kreisen eine Erholungsreise zu ermöglichen, in der Zeit von Juni bis August, also unabhängig von den Ferien, Sonderzüge zu ermäßigten Preisen fahren. Die Züge haben nur die dritte Klasse; während auf der Hinfahrt der Sonderzug zu benutzen ist, werden für die Rückfahrt zu ermäßigten Preisen neben den Sonderzügen auch die Züge des gewöhnlichen Verkehrs freigegeben. Bei Schnellzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu bezahlen. Die Preise der Fahrkarten sind um rund ein Viertel ermäßigt und berechnen sich nach den zurzeit geltenden Tarifen mit 69 Pf. für einen Kilometer Hin- und Rückfahrt. Die Geltungsdauer der Fahrkarten beträgt 2 Monate. Die Fahrausweise können nach bekannten Erholungsorten auch dann ausgegeben werden, wenn diese nicht unmittelbar mit dem Sonderzug zu erreichen sind. Die Orte, zwischen denen Sonderzüge gefahren werden, sollen demnächst bekanntgegeben werden.

Da bekanntlich die Reichsbahn vom 1. Juni ab auch beschleunigte Personenzüge mit 4. Klasse einführt, ist der finanziellen Lage des grossen Teiles der Reisenden, für die die Tarifierhöhungen besonders fühlbar sind, Rechnung getragen.

Ein Leichensfund in Wilmersdorf.

Verbrechen oder Selbstmord?

Ein neuer Leichensfund, der auf ein Verbrechen zurückgeführt wird, rief heute früh den Mordbereitschaftsdienst nach der Sächsischen Strasse in Berlin-Wilmersdorf. Ein Schaffner der Untergrundbahn fand um 3 1/2 Uhr auf seinem Heimwege gegenüber dem Hause Nr. 42 einen jungen Mann in einer grossen Blutlache tot daliegen.

Die Sächsische Strasse ist in jener Gegend, nicht weit entfernt vom Untergrundbahnhof Hebbelstrasse, vom Hohenzollernpark und der Wegenerstrasse, nur auf einer Seite bebaut. Das Gelände auf der anderen Seite nimmt eine Laubentkolonie ein. Die Leiche lag dicht an dem Baum, der die Kolonie von der Strasse abtrennt. Der Schaffner benachrichtigte die Prager Wache, und mehrere Beamte erschienen alsbald am Fundort und stellten fest, dass der junge Mann, der mit dem Gesicht auf der Erde lag, drei Schusswunden in der rechten Schläfe hatte. Der Tote hielt in der rechten Hand, die unter dem Körper lag, eine Wehrlade. Wahrscheinlich ist ihm diese erst nachträglich in die Hand gedrückt worden. Eine Untersuchung der Kleidung förderte keine Papiere zutage, die zur Feststellung der Persönlichkeit dienen könnten. In den Taschen fand man nur ein paar Kriminalromane („Der Mumienhändler“ und „Die beiden Bandol“), Hefchen, wie sie junge Leute lesen, und eine kleine, gut erhaltene Brieftasche, die aber leer ist; endlich etwas Metallgeld, darunter Notgeld der Städte Stettin und Chemnitz, was der Mann wohl in den Hosentaschen trug. Der Tote ist etwa 20 bis 24 Jahre alt, hat dunkelblondes Haar und ein barfüssiges Gesicht mit etwas blonden Stoppeln am Kinn; er trug gute Kleidung: einen blauen einreihigen Jackettanzug mit gut gebügelter umgetreppelter Hose, eine fast neue graue anferlierte Mütze, gut erhaltene schwarze Schnürschuhe, wollene Unterwäsche, graue wollene Strümpfe und weisse gestrickte Wäsche ohne Kragen. Hals und Gesicht sind etwas gelblich gefärbt. Das Gesicht zeigt einen slavischen Typ. Die Nachforschungen nach der Persönlichkeit des Toten in der Nachbarschaft des Fundortes haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Der Türkenmord in der Uhlandstrasse.

Eine bestimmte Spur der Täter konnte auch gestern nicht gefunden werden. Weitere im Laufe der Nacht eingegangene Meldungen werden zurzeit nachgeprüft. Eine Meldung hatte in der Nacht eine Sissierung zur Folge. Ob und wie weit der Beschuldigte an dem Doppelmord beteiligt ist, bedarf ebenfalls noch einer genaueren Untersuchung. — Die Ermordungen der ehemaligen Mitglieder des Zentralrates des Komitees Union et Progrès werden von der armenischen Geheimorganisation ganz planmässig durchgeführt. Ihr erstes Opfer war am 15. März vorigen Jahres Talaat Pascha, drei Monate später wurde das zweite Mitglied des Zentralrates, Bechtub Chahn in Konstantinopel erschossen und vor einem halben Jahr in Rom der Konstantinopel Pascha, ein ehemaliger Großwesir, der ebenfalls dem Zentralrat angehörte. Diesen drei folgten nun in der vorgestrigen Nacht Djemat Kamy Bey, der frühere Generalgouverneur von Trapesunt, und der Professor Baha Eddin Chakir Bey. Wie die drei Erstgenannten hatten auch die letzten Opfer vorher die Nachricht erhalten, dass die armenische Geheimorganisation ihren Tod beschlossen hätte. In der Dienststagnation galten die Kugeln nicht nur den beiden Getöteten, sondern auch einer dritten prominenten Persönlichkeit aus der

Türkei, die an der Familienfeier ebenfalls teilgenommen hatte und sich auch mit den Ermordeten und deren Angehörigen auf dem Nachhausewege befand. Während diese, wie wir berichteten, mit der Witwe Talaat Paschas gingen, begleitete er die Frauen der Ermordeten und deren Kinder. Nachdem die Mörder die Begleiter der Witwe Talaat Paschas aus allernächster Nähe niedergeschossen hatten, gaben diese, bevor sie entflohen, noch zwei Schüsse auf den dritten Türken ab, ohne diesen zu treffen. Auch ihm war vorher mitgeteilt worden, dass er der armenischen Blutrache zum Opfer fallen werde.

Das Ende der Reisebrotmarken.

Nach einer Mitteilung des Preussischen Landes-Brotdeputierten vom 3. April 1922 werden alle bisher erlassenen Bestimmungen über Reichsreisebrotmarken mit Wirkung vom 1. Mai d. J. aufgehoben. Danach verlieren sämtliche Reichsreisebrotmarken mit Ablauf des 30. April d. J. ihre Gültigkeit. Die Brotkommissionen sind angewiesen, Brotmarken in Reisebrotmarken nur noch für die Zeit bis zum 30. April d. J. umzutauschen. Die etwa über den 30. April hinaus bereits eingetauschten Reisebrotmarken können für die Zeit vom 1. Mai bis 14. Mai d. J. bei der zuständigen Brotkommission wieder in Brotmarken umgetauscht werden.

Unterricht für Kopfschussverletzte.

Die Schule für Kopfschussverletzte ist eine der wenigen Schulen für Kriegsbeschädigte, die sich noch erhalten hat und für deren Weiterbestehen auch jetzt noch ein Bedürfnis vorhanden ist.

Es ist in diesen Fällen beobachtet worden, dass die durch Kopfschuss Verletzten noch lange Zeit unter den Folgen der Verwundung zu leiden und dann besonders über Hemmungen in der Auffassung und im Gedächtnis, über Mängel im Konzentrieren, über allgemeine Befangenheit und Unsicherheit, Störungen in der Sprache und Ausdrucksfähigkeit, im Schreiben und Rechnen, sowie im sicheren Gebrauch der gelähmt gewordenen Glieder zu klagen haben, gleichgültig welchem Beruf sie angehören. Im Berufsleben machen sich diese Mängel empfindlich fühlbar, setzen die Leistungsfähigkeit bei bestem Willen herab, lähmen den Mut und das Selbstvertrauen, führen zu persönlicher, oft auch grubloser Verstimmung oder, da sie vom Gefunden nicht immer verstanden und entsprechend behandelt werden, zu dienstlichen Auseinandersetzungen und Ausregelungen. Die in der Berliner Schule für Kopfschussverletzte bisher gesammelten Erfahrungen haben bewiesen, dass alle diese Mängel durch einen systematischen Einzelunterricht und nähere Führung mit einem das Wesen dieser Schwergeschädigten genau kennenden Lehrer bedeutend gemildert, wenn nicht beseitigt werden können. Vor allem war mit dem Unterricht stets eine Hebung und Steigerung des Willens und Befestigung der Stimmung verbunden. Die Schule für Kopfschussverletzte wird von Vertretern aller Stände besucht. Der Unterricht ist Einzelunterricht, der sich der Vorbildung, der Beschädigung, dem Beruf und dem Bedürfnis des Teilnehmers völlig anpasst. Die Teilnahme am Unterricht ist unentgeltlich, ebenso ärztliche und berufliche Beratung, die, falls gewünscht, vermittelt werden. Anmeldungen Montags und Freitags von 12 bis 1 Uhr im Amtszimmer, Senefelderstr. 6.

Wo sucht man verlorene Sachen?

Mündliche Auskunft über gefundene Sachen im Polizeibezirk Gross-Berlin erteilen: 1. über Fundstücken aus den Bezirken der Polizeiamter Berlin-Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Tor, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Reinickund und Lichtenberg die Hauptfundstelle im Zimmer 101 des Polizeipräsidiums Berlin an Wochentagen zwischen 9 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags, 2. über Fundstücken aus den Bezirken der Polizeiamter Spandau, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof, Treptow, Köpenick, Weissensee, Bantow und Reinickendorf die Polizeiamter der genannten Bezirke.

Ermäßigung der Postgebühren im Auslandsverkehr. Die seit der letzten Festsetzung des deutschen Gegenwerts für den Goldfranken (1. April) eingetretene Besserung des deutschen Markkurses ermöglicht es der Postverwaltung, bei der Gebührenerhebung im Auslandsverkehr und Telegrammverkehr sowie für Ferngespräche nach dem Ausland das Umrechnungsverhältnis für den Goldfrank mit Wirkung vom 18. April an von 66 M. auf 56 M. zu ermäßigen und dadurch eine nicht unwesentliche Verbilligung der genannten Gebühren eintreten zu lassen. Das neue Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend.

Eine Erfinderausstellung in Berlin. Die Deutsche Erfinderschutz-Union e. V., Sitz Berlin, veranstaltet vom 20. bis 23. Mai 1922 in Berlin eine Ausstellung von Erfindungen und Neheiten, deren Beschädigung jedermann freisteht. Als Ausstellungslokal wurde das Haus der Gesellschaft der Freunde gewonnen. Die Ausstellungsbedingungen können gegen Freiumschlag vom Bureau, Berlin S. 61, Planufer 61, bezogen werden. Erfindern und Fabrikanten, die ihre Neheiten ausstellen wollen, ist baldige Anmeldung anzuraten, da zahlreiche Anmeldungen bereits vorliegen. Unbemittelte Erfinder erhalten auf Antrag Ermäßigung. Der Anmeldebefehl ist auf den 5. Mai festgesetzt.

Städtisches Erholungsheim Hosterwitz bei Dresden. Der für den 19. April bis 16. Mai d. J. für SchülerInnen der höheren Lehranstalten und Fachschulen im Alter von 14—18 Jahren zu dem ermäßigten Preis von 30 M. pro Tag einschließlich Reisegeld in Aussicht genommenen Erholungsurlaub wird auf die Zeit vom 27. April bis 24. Mai verlegt. Meldungen werden daher bis höchstens zum 24. April in der Geschäftsstelle der Erholungsheim-Betriebs-G.m.b.H., Berlin O 2, Poststr. 10/11, Kuerged. 3 Tr. links, entgegengenommen.

Die Quäterspeisung in Neuföhren ist jetzt im Hinblick auf die gegenwärtig in der Bildung begriffene Neugeneration als Speisung auf kurze Zeit eingestellt worden. Ihre Wiederaufnahme als solche erfolgt voraussichtlich Anfang Mai d. J. Ob und inwiefern erwachsene Personen weiterhin an der Speisung beteiligt werden können, unterliegt zurzeit der Prüfung bei den maßgebenden Stellen. Die von Seiten der Quäter in Aussicht gestellte weitere Beseitigung mit Lebensmitteln läßt den Schluss zu, dass eine Fortführung der Speisung bis zum 1. Oktober d. J. auf alle Fälle sichergestellt ist.

Die Berliner Sprachheilschule. Die am 1. November 1920 eröffnete Sprachheilschule, Lange Str. 76, überweist mit dem Schluss des Winterhalbjahres das erste Mal Kinder, die die Sprachheilschule erfolgreich besucht haben, in die Volksschule zurück. Bei einer in Anwesenheit von Vertretern der städtischen Behörden, von Schulmännern und Eltern abgehaltenen Entlassungsprüfung wurden 12 Kinder als völlig frei von ihrem Sprachübel befunden. Die Sprachheilschule ist eine simultane Schule, die nach dem Lehrplan der Gemeindeschule unterrichtet. Sie umfacht zurzeit die Klassen 4 bis 1. Anmeldungen sind durch die zuständigen Direktoren der Schuldeputation einzureichen.

Russischen Unterricht für Lehrer wird vom Preussischen Ministerium für Unterricht und Unterricht in diesem Sommerhalbjahr eingestellt. Der Unterricht liegt in den Händen von Professor Kollin und beginnt am Mittwoch, den 26. April, 8 Uhr abends. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 130.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Nacht sehr still, am Tage etwas wärmer, vielwolkeiger, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und frischen nordwestlichen Winden.

